

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 4

Artikel: Zehn Jahre "Weniger Staat" : Meinungen zu einem Schlagwort
Autor: Klöti, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zehn Jahre «Weniger Staat»

Meinungen zu einem Schlagwort

Herr und Frau Schweizer sind in der Regel mit sich und der Welt zufrieden. Weit über 80 Prozent geben an, sie seien mit ihrem Leben sehr oder wenigstens ziemlich zufrieden, das jedenfalls ist die Antwort auf eine entsprechende Frage in den UNIVOX-Studien.

Deutlich weniger ausgeprägt ist diese positive Haltung, wenn es um eine Beurteilung des Staates geht. Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und in die Leistungsfähigkeit des Staates ist tendenziell im Sinken begriffen. Das wenigstens lassen verschiedene Umfrage-Ergebnisse und vor allem Teile der veröffentlichten Meinung vermuten. Trifft es zu, dass der Staat nicht oder nicht mehr als die allzuständige Instanz angesehen wird, die alle Probleme lösen soll und auch lösen kann? Geht es in der Meinung der Bevölkerung tatsächlich auch mit weniger Staat? Und wer müsste allenfalls an die Stelle des Staates treten, um die anfallenden gesellschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern?

In der Nachkriegszeit haben sich die Einstellungen zum Staat drastisch gewandelt. Wir können diese Entwicklung in der Schweiz freilich nicht anhand von Umfrageergebnissen nachweisen. Dazu fehlen uns die Zahlen. Hingegen können wir Parteiprogramme, Abstimmungskämpfe und Pressekommentare analysieren. Bezuglich der Erwartungen, die an den Staat und seine Leistungen gerichtet werden, ergibt sich nach unseren qualitativen Untersuchungen eine Wellenbewegung: In den *fünziger Jahren* setzte man in beträchtlichem Masse auf einen ausgeprägten Liberalismus. Die staatlichen Interventionen sollten in Grenzen gehalten werden. Reste der Kriegswirtschaft waren abzubauen, und der Aussenhandel wurde nach Möglichkeit liberalisiert.

Die *sechziger Jahre* brachten einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Dem Staat wurde mehr und mehr die Rolle des Lenkers und Umverteilers zuerkannt. Er sollte nicht nur die Früchte des Wachstums gerecht verteilen. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde ihm auch die Aufgabe übertragen, das Wachstum in geordnete Bahnen zu lenken und — mit den umstrittenen Konjunkturbeschlüssen wie auch über die Ausländerpolitik — sogar zu begrenzen. Bis in die *siebziger Jahre* hinein entwickelte man neue Steuerungsinstrumente, um die sogenannte «Problemlösungskapazi-

tät» des Staates zu erhöhen. Es war die Zeit der Planungseuphorie und gleichzeitig der Höhepunkt der «konzeptionellen Politik».

Neue Skepsis – neue Erwartungen

Mit der Ölkrise von 1973 kam nach und nach die grosse Ernüchterung. Zwar wurden noch zaghaft einige Ankurbelungsmassnahmen gefordert und auch sparsam eingesetzt; in weiten Kreisen setzte sich aber der Eindruck durch, der Staat vermöge eben doch nicht alles zu leisten. Die Rede war nun von Staats- und Politikversagen, von Vollzugskrise, von Grenzen des Regierens und gar von Unregierbarkeit. Den Höhepunkt erreichte diese ideologische Umkehr in der Schweiz, als 1979 der Freisinn das berühmt gewordene Schlagwort «Weniger Staat — mehr Freiheit und Selbstverantwortung» seinem Legislaturprogramm zugrunde legte.

Damit war eine Diskussionslinie für die *achtziger Jahre* festgelegt. Sie wird freilich noch von einer zweiten Konfliktdimension überlagert. Durch die neuen Werte, die mit der Ökologie und den grünen Bewegungen ins politische Spiel kamen, wurden auch zusätzliche Anforderungen und Erwartungen an den Staat gerichtet. Er sollte nicht nur für Vollbeschäftigung, gerechte Verteilung und Wohlstand, sondern auch für ein ökologisches Gleichgewicht und für eine Verminderung, wenn nicht eine Verhinderung von Umweltschäden sorgen.

Die ideologische Diskussion entlang der links-rechts-Dimension wie auch die Auseinandersetzung zwischen klassischen Wachstumsansprüchen und neuen, sogenannt postmaterialistischen Werten bilden den aktuellen Hintergrund für die Frage, was der Staat tun soll. Die Einstellungen und Meinungen der Schweizerinnen und Schweizer zu diesem Thema sind deshalb — zehn Jahre nach dem Ruf nach «weniger Staat» — von besonderem Interesse.

In einer Gesamtbeurteilung der Staatsaktivität sind 1988 die Meinungen geteilt. 14 Prozent wünschen einen Abbau, 31 Prozent eine Stabilisierung — man könnte auch sagen Plafonierung — nochmals fast gleich viele, 33 Prozent möchten die Staatsaufgaben im bisherigen Rhythmus wachsen lassen. 9 Prozent befürworten einen noch rascheren Ausbau der Staatsaktivität (Vgl. Tabelle 1).

In den beiden vorangehenden Jahren hatten wir im Rahmen von UNI-VOX die entsprechende Frage etwas anders gestellt. Insbesondere hatten wir nur drei Antwortkategorien vorgegeben. Vergleichbar sind deshalb nur die Antworten, die auf einen Abbau der Staatstätigkeit hinauslaufen. 1986 befürworteten dies 16 Prozent der Befragten, 1987 waren es 18 Prozent, und 1988 sank der Anteil (allerdings bei eben 4 Kategorien) auf 14 Pro-

Tabelle 1

Umfang der Staatstätigkeit (1988)

Staatstätigkeit	abs.	%
reduzieren		14
stabilisieren		31
wachsen lassen		33
stark ausbauen		9
Zusammen		87
keine Antwort		13
Total	727	100

zent. Die Zahlen variieren damit nur in geringem Masse. Man kann die Behauptung wagen, dass es nur eine Minderheit von deutlich unter einem Fünftel der Befragten gibt, die wirklich weniger Staat wollen.

Dass man dem Staat auch heute noch oder vielleicht wieder einiges zutraut, zeigt sich zudem an den Antworten auf die Frage nach dessen Möglichkeiten, die anstehenden Probleme zu lösen. Über 80 Prozent sind 1988 der Meinung, der Staat sei den ihm gestellten Aufgaben gewachsen (Vgl. Tabelle 2). Damit zeigt sich ein erstes Mal, dass die These von der sinkenden Leistungsfähigkeit des Staates nicht aufrechterhalten werden kann.

Tabelle 2

Problemlösungsfähigkeit des Staates

Staat kann Probleme lösen	1986 %	1987 %	1988 %
ja, unbedingt	48	43	40
eher ja	27	34	42
eher nein	7	12	11
nein	2	3	1
keine Meinung	16	8	6
Total	100	100	100

Immerhin zeigen die Zahlen, dass das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates nicht mehr wächst. Die Zahl derjenigen, die unbedingt der Auffassung sind, der Staat könne seine Probleme lösen, nimmt tendenziell ab. Der Anteil der Nein-Antworten bleibt indessen konstant. Auffallend ist der drastische Rückgang des Anteils der Befragten, die keine Meinung

haben. Wir gehen davon aus, dass dies wie auch die Nuancierung bei der Zustimmung auf eine bessere Information über diese Frage zurückgeführt werden kann.

Ein Indiz für das Vertrauen in den Staat und seine Tätigkeit ist die Bereitschaft der Befragten, Steuern zu zahlen. Niemand zahlt freilich mit Begeisterung Steuern. Die Antworten auf die Frage nach der Tragbarkeit der gegenwärtigen Steuerlast sind deshalb mit Vorsicht zu interpretieren. Um so erstaunlicher ist der Umstand, dass nur etwa ein Viertel der Deutschschweizer und ein Drittel der Romands die Steuerbelastung als unerträglich hoch empfindet, während die Mehrheit sie als tragbar oder als angemessen bezeichnet. Umgekehrt antworten auf die Frage, was zu tun sei, wenn der Staat Defizite mache, drei Viertel der Befragten, es sei bei den Ausgaben zu sparen. Nur ein Viertel rät zu Steuererhöhungen oder zur Verschuldung. Der Staat soll somit seine Leistungen erbringen, ohne mehr Mittel dafür zur Verfügung zu haben (Vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Steuern, Abgaben und Staatsleistungen

Ich erhalte vom Staat ... wie ich bezahle	1988	1986
mehr	15%	5%
gleichviel	36%	37%
weniger	40%	43%
keine Antwort	9%	15%
	100%	100%

Eine Gesamtinterpretation dieser Zahlen lässt den Schluss zu, dass eine Mehrheit der Schweizer den Anteil ihres Einkommens, den sie dem Staat abzuliefern hat, als gerade noch zumutbar einstuft. Steuererhöhungen oder neue Steuern haben kaum mehr Chancen, auf breite Akzeptanz zu stossen. Das gilt, nach verschiedenen separaten Fragen zu schliessen, sowohl für eine neue Energiesteuer (sie wird von 56 % der Befragten abgelehnt) wie auch für neue Lohnprozente bei der Sozialversicherung (54 % möchten am jetzigen Niveau festhalten). Es trifft selbst für Umweltabgaben zu.

Dass die soziale Umverteilung durch den Staat seine obere Grenze erreicht hat, geht schliesslich auch aus den Antworten auf die Frage hervor, ob die Leute vom Staat mehr, gleich viel oder weniger an Leistungen erhielten, als sie durch ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlten. 40 Prozent der Befragten sind 1988 der Meinung, sie erhielten weniger, 36

Prozent meinen, etwa gleich viel zurückzuerhalten und nur 15 Prozent geben an, sie würden vom Staat profitieren. Auch wenn sich die Zahlen seit 1986 geringfügig in eine dem Staat gegenüber positive Richtung verschoben haben, so muss doch die Steuerquote für die nächste Zeit als konstant zu haltende Grösse betrachtet werden. In finanzieller Hinsicht will der Schweizer zwar nicht «weniger Staat». Die Einsicht in die Notwendigkeit der jetzigen Abgaben dürfte vorhanden sein. Er will aber auch nicht mehr.

Viele Schweizer haben — so lautet eine andere Vermutung — mit «weniger Staat» nie weniger Steuern gemeint. Sie fühlen sich vielmehr durch ein allzu engmaschiges Netz von Vorschriften und Normen eingeengt. Diese Vermutung wird durch die UNIVOX-Befragung bestätigt. Nicht weniger als zwei Drittel sind mit der Aussage einverstanden, dass der einzelne seine *Freiheit verliert*, wenn der *Staat* mehr Aufgaben übernimmt (Vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Freiheitsverlust

Wenn der Staat mehr Aufgaben übernimmt, verliert der einzelne seine Freiheit (1988)

sehr einverstanden	30%
eher einverstanden	37%
eher nicht einverstanden	18%
gar nicht einverstanden	6%
keine Antwort	9%
	100%

Etwas anders sieht aber das Bild aus, wenn die Frage nach den Ursachen für den persönlichen Freiheitsverlust gestellt wird. Fast die Hälfte der Antwortenden nennt zwar auf diese offene Frage hin Gesetze, Verbote, Vorschriften oder Bürokratie, Polizei und Militär, also letztlich den Staat als wichtigsten Grund. Lediglich etwa ein Viertel ist der Meinung, die Freiheit werde überhaupt nicht eingeschränkt. Und gar nur 15 Prozent geben an, die Wirtschaft, der Kapitalismus, Kauf-, Leistungs- und Konsumzwang lägen an der Wurzel des Freiheitsverlustes.

Noch deutlicher werden die Befragten bezüglich der Aussage, es würden zu viele Gesetze erlassen. Nur 16 Prozent sind der Meinung, dies treffe nicht zu, während 38 Prozent dem «auf jeden Fall» zustimmen. Die 42 Prozent, die die Mittelkategorie vertreten, dürften mindestens auch für einen teilweisen Abbau der Gesetzgebungstätigkeit einstehen, auch wenn sie dies nicht in allen Politikbereichen unterstützen (Vgl. Tabelle 5). Die Einschränkungen werden vor allem im Verkehrs- und Bauwesen als stö-

Tabelle 5

Gesetzesflut

Glauben Sie, dass zu viele Gesetze erlassen werden?

(1987)

ja, auf jeden Fall	38%
stimmt teilweise	42%
trifft nicht zu	16%
weiss nicht	4%
	100%

rend empfunden — in Bereichen also, in denen viele Befragte über unmittelbare Erfahrungen verfügen dürften.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Widerstand gegen eine Ausweitung der staatlichen Eingriffe vor allem in rechtlicher und weniger in finanzieller Hinsicht besteht. Man kann wohl den Schluss wagen, dass der Staat in der Meinung des Schweizers finanziell seine Grenzen erreicht, sie in rechtlicher Hinsicht indessen leicht überschritten hat.

Das heisst nicht, dass die Staatstätigkeit in jeder Beziehung eingefroren werden soll. Verschiedene Antworten deuten an, dass die Schweizerinnen und Schweizer nicht einfach alles beim alten belassen wollen. Vielmehr geht es ihnen darum, die Gewichte zu verschieben. Das gilt sowohl für die Ebenen der staatlichen Tätigkeit wie auch für die Politikbereiche.

Mehr Umweltschutz

Wo soll der Staat mehr tun und wo weniger? Hat sich der Bund zugunsten von Kantonen und Gemeinden einzuschränken? Im Bereiche des Umweltschutzes soll der Staat mehr tun. Das ist die Meinung einer grossen Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger. Sie lässt sich in verschiedenen Zusammenhängen nachweisen.

Zunächst haben wir jeweils die Befragten aufgefordert, jene Probleme zu nennen, die der Bundesrat in nächster Zeit dringlich behandeln soll. Tabelle 6 zeigt, dass in allen drei Befragungsjahren der Umweltschutz an der Spitze steht. Seit 1986 nimmt die Bedeutung der Umwelt eher noch zu. Über ein Drittel der Befragten nennt die Umwelt spontan als wichtigstes Problem, das der Bundesrat anpacken sollte. Und zwar nimmt der Umweltschutz mit einer einzigen Ausnahme bei allen von uns untersuchten Bevölkerungsgruppen eine herausragende Stellung ein. Die Ausnahme betrifft die Romands; sie messen dem Umweltschutz eine deutlich geringere Bedeutung zu als die Deutschschweizer.

Tabelle 6

Dringliche Probleme, 1986–1988

Problembereich	1986		1987		1988	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Umweltschutz	165	23	263	38	256	35
Energie und Rohstoffe	67	10	¹⁾	—	61	8
Justiz, Polizei, Recht	61	9	84	12	66	9
Ausländer	52	7	55	8	56	8
Transport, Verkehr	29	4	22	3	39	5
Altersfragen	37	5	24	4	58	8
Gesundheit	¹⁾	—	49	7	—	—

¹⁾ weniger als 20 Nennungen

Neben dem Umweltschutz verblassen die übrigen Problembereiche. Das gilt sowohl für die Energiefrage, die 1987 nicht einmal von 25 Personen genannt wurde, als auch für das Ausländerproblem, das für weniger als 10 Prozent der Befragten im Vordergrund steht. An zweiter Stelle stehen im Durchschnitt der Jahre Probleme, die mit Polizei, Justiz und Recht zu tun haben wie: innere Sicherheit, Gewalt, Terrorismus.

Die Befragten betonen den Umweltschutz nicht nur als wichtigstes Problem der Zukunft. Sie halten ein stärkeres Engagement des Staates für wahrscheinlich und befürworten es auch. Diejenigen, welche die Ansicht vertreten, der Staat sollte noch weitere Aufgaben übernehmen, sehen diesen Ausbau vor allem in diesem Bereich.

Bei einer detaillierten Befragung tritt dieses Bild noch deutlicher hervor: Wenn man die Frage stellt, in welchen Bereichen die Behörden künftig mehr tun müssten, so nennen 1987

- 73 Prozent den Gewässerschutz
- 74 Prozent den Schutz des Bodens vor Schadstoffen
- 75 Prozent die Verringerung der schädlichen Abgase aus Heizungen, Industrie und Fahrzeugen. Diese hohen Werte ergeben sich aus dem Umstand, dass mehrere Möglichkeiten genannt werden konnten.

Die Bedeutung des Umweltschutzes widerspiegelt sich auch in den Aussagen zu finanziellen Aspekten der Staatstätigkeit. 81 Prozent der Befragten vertreten 1987 die Auffassung, zugunsten des Umweltschutzes solle bei anderen Staatsaufgaben gespart werden.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Befragten nicht unbedingt mehr für den Umweltschutz ausgeben möchten. Auf die Frage, welchen Aufschlag auf der Einkommenssteuer für den Umweltschutz sie zu bezah-

len bereit wären, antworten 41 Prozent der Befragten: keinen! Rund die Hälfte würde immerhin wenigstens 1 — einige wenige auch mehr — Prozent mehr Steuern bezahlen, während 8 Prozent die Frage gar nicht beantworten. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu interpretieren. Die Annahme einer neuen Umweltschutzsteuer ist damit keineswegs garantiert. Vielmehr ist denkbar, dass sich bei einem konkreten Vorschlag eine Mehrheit auch gegen zusätzliche Steuern für den Umweltschutz stellen könnte.

Wir haben bereits früher festgestellt, dass die Befragten den Status quo befürworten und am jetzigen Ausmass der Staatstätigkeit im grossen und ganzen festhalten möchten. Wenn sich jetzt aber zeigt, dass die Schweizer grössere Anstrengungen des Staates im Bereich des Umweltschutzes wünschen, so müssen sie konsequenterweise auch Bereiche nennen, bei denen der Staat zurückstecken sollte.

Wo sparen?

Das tun sie auch. Im Rahmen der Interviews zu den Staatsfinanzen sind die Befragten mit der Situation konfrontiert worden, sie könnten selbst über die Verteilung der Finanzen entscheiden, müssten aber mit den vorhandenen Mitteln auskommen. In dieser schwierigen Lage äusserten sie ziemlich klare Prioritäten. Sie gehen aus Tabelle 7 deutlich hervor:

Tabelle 7

Finanzielle Prioritäten (1988)

Bereiche	mehr	Ausgaben	
		gleichviel	weniger
Landesverteidigung	3	35	60
Entwicklungshilfe	24	39	34
Ausbildung	36	51	10
Forschung	33	52	12
AHV	48	47	2
Krankenwesen	35	49	14
Strassenbau	3	28	68
Landwirtschaft	22	53	22
Umwelt	64	31	3

Weniger ausgeben wollen die Befragten vor allem in zwei Bereichen: im Strassenbau (68 %) und in der Landesverteidigung (60 %). Die Verteilung ist hier ganz eindeutig. Die Gruppe, die in diesen Bereichen die Ausgaben steigern möchte, ist verschwindend klein. Zwei Drittel wollen in diesen Bereichen sparen, ein Drittel die Ausgaben auf dem jetzigen Stand belassen.

Ausgeglichen ist dagegen die Verteilung bei der Entwicklungshilfe und bei der Landwirtschaft. Mehrheiten für den Status quo finden sich zudem bei Ausbildung und Forschung. In der Sozialpolitik — bei AHV und Krankenversicherung — soll ebenfalls nicht gespart werden. Knapp die Hälfte will gleich viel ausgeben. Die Gruppe derjenigen, die mehr ausgeben will, ist indessen deutlich grösser als jene der Sparwilligen. Eindeutig und unbestritten höhere Ausgaben werden nur bei der Umweltpolitik gewünscht.

Insgesamt sind die Absichten der Befragten somit konsistent und glaubwürdig. Sie wollen gesamthaft nicht weniger Staat und sind durchaus bereit, für die Umwelt mehr auszugeben. Diese Mehrausgaben sollen aber nicht durch neue Steuern finanziert werden. Vielmehr möchte man beim Strassenbau und bei der Landesverteidigung sparen. Diese Haltung braucht weder die Tiefbaufirmen noch die Armeeführung über Gebühr zu beunruhigen. Aus anderen Fragen geht eindeutig hervor, dass die Schweizer weder auf Strassen noch auf die Armee verzichten wollen. Es geht ihnen lediglich um eine Verschiebung der Akzente.

Solche Verlagerungen sind auch im rechtlichen Bereich zu erkennen, wenn auch weniger klar und eindeutig, da jeweils grosse Teile der Befragten keine Antworten geben können oder wollen. Dennoch werden auf die Frage, in welchen Bereichen Staatseingriffe in der Schweiz heute notwendig und berechtigt seien, in erster Linie die Landwirtschaft, der Umweltschutz und die Sozialpolitik genannt. Wenn man umgekehrt fragt, in welchen Gebieten, bei welchen Gesetzen und Verboten sich die Schweizer am meisten in der Freiheit eingeschränkt fühlen, so wird mit grossem Vorsprung zuerst der Verkehr aufgeführt. Im zweiten Rang steht die persönliche, politische Freiheit und an dritter Stelle figuriert bereits das Bauwesen, bei dem an sich nicht viele Befragte direkt in Verfahren involviert sind.

Auch wenn die Zahl der Nennungen sehr viel geringer ist, so kann doch festgehalten werden, dass die Schweizerinnen und Schweizer im Umwelt- und Sozialbereich mehr Eingriffe akzeptieren würden, wenn die Regelungsdichte im Verkehrs- und Bauwesen etwas reduziert würde. Damit ist auch bereits gesagt, dass die Haltungen zum Ausmass der rechtlichen Eingriffe des Staates keineswegs widerspruchsfrei sind, weil die Eingriffe und Vorschriften im Bereich des Verkehrs und des Bauens oftmals eben gerade aus sozialen und vor allem aus umweltpolitischen Gründen notwendig werden.

Aufgabenverteilung

Wir interessierten uns nicht nur dafür, ob der Staat seine Aufgaben ausbauen oder abbauen sollte. Von ebenso grosser Bedeutung ist die Vertei-

lung der staatlichen Aufgaben auf die verschiedenen Ebenen des Bundesstaates. Dabei haben wir von der Annahme auszugehen, dass die Schweizerinnen und Schweizer sich vor allem gegen eine allzu grosse Häufung der Kompetenzen beim Bund und für eine Dezentralisierung verwenden würden.

Die Antworten entsprechen dieser Hypothese nicht ganz. Sowohl 1986 wie 1988 vertrat je ein Drittel der Befragten die Ansicht, die jetzige Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen sei ungefähr richtig. Bei der diesjährigen Befragung möchte ein Viertel den Kantonen oder den Gemeinden mehr Kompetenzen zuweisen und rund 10 Prozent wünschen eine grössere Konzentration der Aufgaben beim Bund. Noch 1986 lagen die Dinge völlig anders. Damals rief rund ein Drittel der Befragten nach mehr Bundeskompetenzen, lediglich 10 Prozent wollten den Kantonen und gar nur 5 Prozent den Gemeinden mehr Aufgaben zuweisen.

Aus den grossen Schwankungen in der allgemeinen Einschätzung des Zentralisierungsgrades haben wir den Schluss gezogen, dass der Föderalismus offenbar ebenfalls je nach Politikbereich unterschiedlich beurteilt wird. Wir haben deshalb die Befragten um eine Beurteilung der Aufgabenteilung im Hinblick auf die wichtigsten Probleme der Zukunft gebeten. Welche politische Ebene dabei vermehrt Aufgaben übernehmen soll, geht aus Tabelle 8 hervor.

Die Zahlen erklären wohl am besten, weshalb eine Neuverteilung der Aufgaben so schwierig war und ist. In keinem Bereich lässt sich auch nur annäherungsweise eine Mehrheit für eine der möglichen Verschiebungen erkennen. Eine Zentralisierung beim Bund kommt nirgends in Frage. Die Gemeinden könnten wohl im Sozialbereich noch am ehesten aktiver werden, während eine vermehrte Kantonalisierung des Ausländerproblems nicht von vornherein auf Ablehnung stossen würde. Aber es gilt auch mit Bezug auf die Aufgabenteilung mit aller Deutlichkeit festzuhalten, dass bei der gegebenen Verteilung der Meinungen der Status quo bei den meisten Reformversuchen obsiegen dürfte.

UNIVOX ist ein Grunddateninformationswerk, das vor zwei Jahren als Ergänzung von VOX gegründet wurde und unter der Leitung der Forschungsstelle für politische Wissenschaft in Zürich in Kooperation mit Dozenten mehrerer Universitäten arbeitet. Zwei Jahrgänge sind bereits erschienen.